

# Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Politische Rundschau

## Zur Lage.

Um die Monatswende trafen sich Hitler und Mussolini, in Begleitung ihrer zuständigen Minister und Generäle, in der Nähe von Salzburg zu einer jener Konferenzen, auf die in der Regel, relativ unmittelbar, bedeutsame Ereignisse auf dem militärischen oder auf dem diplomatischen Felde zu folgen pflegen. Gegenstände und Ergebnisse der Beratungen wurden wie üblich geheim gehalten; allein es besteht für diesmal ein gewisser Anhaltspunkt, zu vermuten, daß im Rahmen dieser Besprechungen die immer noch nicht erfüllten italienischen Forderungen an Frankreich behandelt worden sind. Die italienische Presse jedenfalls beeilte sich, im Zusammenhang mit dieser Konferenz die Unabdingbarkeit der Ansprüche Italiens erneut herauszustellen, und es besteht nun heute durchaus der Eindruck, daß das Reich ihnen seine Unterstützung leihen wird — wohl als Gegenleistung für eine nunmehr stärkere Beteiligung des Bundesgenossen im Osten. Die Ansprüche Italiens mögen bekannt und schon oftmals erhoben worden sein; allein wenn sie heute wieder herausgestellt werden, so trifft es sich, daß ungefähr zur gleichen Zeit sehr interessante Informationen aus Frankreich eintreffen, die mit diesen Dingen zu tun haben. Nicht aus dem Frankreich von heute freilich — sie stammen aus der Zeit vor zwei Jahren und wollen die Umstände und Begleitatsachen des Zusammenbruchs im Sommer 1940 deutlich machen. Der Urheber der Neuigkeiten ist ein Journalist, Victor Binde, ein Schwede, der von 1930 bis 1941 als Korrespondent einer Stockholmer Zeitung wirkte — lange Zeit in Paris, in den Tagen des Zusammenbruchs in Bordeaux, und endlich, bis letzten Herbst, in Vichy. Das Buch trägt den Titel: „Eine Großmacht fällt“ und ist zweifellos von ganz erheblichem Interesse. Was nun eben Italien anbetrifft, so meldet der Verfasser, Laval und Baudouin wollten noch Anfang Juni 1940, also unmittelbar vor dem Eingreifen Italiens, diesen Gegner im Wege des Kompromisses von seinem Angriff abhalten. Was hätte angeboten werden sollen, ist nicht bekannt; die beiden sind aber jedenfalls damals nicht durchgedrungen. Das Buch ist überhaupt sehr lesenswert; interessant ist die Rolle des Präsidenten Lebrun, bemerkenswert sein Ausspruch: „Was soll ich mit Generälen, die nicht kämpfen wollen?“. Von Bedeutung ist auch die Feststellung aus der Zeit vor dem Waffenstillstand, durch die Spaniens Rolle in Erscheinung tritt: „Von Laval und dem äußersten Flügel der Rechten gingen über Pétain Fäden nach Madrid und von dort weiter nach Rom und Berchtesgaden.“

Auch jetzt wieder, in diesen bewegten Wochen, richten sich die Blicke auf das geprüfte Frankreich. Über die Umstände, welche die Übernahme der Regierung durch Laval begleiteten, bzw. charakterisierten, ist schon reichlich viel gesprochen worden. Zum mindesten erscheint hier Verschiedenes nicht ganz klar; und es muß schließlich auch dem völlig unvoreingenommenen Beobachter allmählich auffallen, mit welcher ausgesprochenen Zurückhaltung Berlin den Mann seit dem Beginn seiner neuen Tätigkeit begleitet — Laval, von dem es doch immer hieß, er sei der Einzige, zu dem man Vertrauen habe . . . Wenn wir richtig unterrichtet sind, so muß die Berufung des Politikers, der sich kaum erst von dem auf ihn ver-

übten Attentat richtig erholt hat, irgendwie mit dem Handstreich des britischen „Commando's“ auf St. Nazaire zusammenhängen; denn dieser Handstreich ist von besonderen Konsequenzen begleitet gewesen. Tatsache ist andererseits, daß Madagascars Verlust eigentlich „ohne weiteres“ hingenommen worden ist und daß auch die Auslieferung Martinique's und der anderen Besitzungen auf der westlichen Halbkugel anscheinend ohne besondere Schwierigkeiten vonstatten geht.

\* \* \*

„Derfeigen einer Frau“ — so nannten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nicht ganz zu Unrecht den wirklich in seinem Freimut, der freilich kaum ohne weise Berechnung ist, sensationellen Aufsatz, den die Gattin Tschiang Kai-sheks in einer amerikanischen Revue über die Beziehungen Chinas zum Westen erscheinen ließ. Die Chinesen können es sich heute ruhig leisten, dem Westen einmal gründlich „alli Schand“ zu sagen, denn seine Haltung im fernöstlichen Krieg war gewiß alles andere als beispielhaft. Beispielloos indessen erscheint demgegenüber die im Vergleich zu einer noch nicht allzu weit zurückliegenden Vergangenheit tatsächlich völlige „Umwertung“ der chinesischen Werte; mit dem blanken Schild eines wirklich heldenhaften und unendlich entzungsvollen Volkes treten die Chinesen heute dem Westen als durchaus gleichberechtigt, wenn nicht als — überlegen entgegen. Selbst die nüchternste Betrachtung kommt nicht mehr um den Schluß herum, daß die Zeit der Kapitulationen und Konzessionen in der alten Form auch nach dem Kriege wohl endgültig vorbei ist. Allein solche Dinge stehen gerade jetzt nicht im geringsten zur Debatte. Im Gegenteil — in diesen Tagen sind die Briten wieder einmal „in vollem Rückzug“, diesmal über die burmesische Grenze nach Indien, nachdem sich dort das Volk gegen seine Kolonisatoren erhoben und mit dem „Feind“ gemeinsame Sache gemacht hat. Den Vizekönig von Indien hat dies freilich nicht hindern können, dieser Tage den Ausspruch zu tun: „Wir denken immer nur an die Offensive!“ Da kommen einem doch auch gleich die Worte in den Sinn, die General Mc Arthur bei einem Diner am Sitz der australischen Bundesregierung sprach, indem er nach den langen Toasten seiner Gastgeber trocken bemerkte: „Wenn ihr so gut mit den Waffen kämpfen könnt, wie mit dem Mund, dann ist uns der Sieg sicher!“

Allein man würde die unbestreitbar riesenhaften Anstrengungen der Alliierten völlig verkennen, wollte man einfach sich damit begnügen, die beständige Reihe der Rückschläge, die seit dem 7. Dezember 1941 gewissermaßen keinen Tag abgerissen ist, zu kommentieren. Freilich — wenn man nun nachträglich hört, wie es in und um Singapur tatsächlich zugegangen ist, wie dort das Geld verschleudert, das Befestigungswesen aber absolut vernachlässigt worden ist, wie Passivität, ja Korruption die Kennzeichen bildeten — dann wird man die anklagenden Worte der tapferen Chinesin wohl verstehen. Die Amerikaner jedenfalls haben noch nicht jenen Opferwillen, der uns bei anderen Völkern — nehmen wir als Beispiel hier nur das russische Volk — immer wieder vor die größten Eindrücke stellt. Und vergleicht man beispielsweise die Angelegenheit von Corregidor, das im Zeitpunkt der Übergabe angeblich noch reichlich versorgt gewesen sein soll, mit der Haltung jenes deutschen Generals, der drei Monate lang mit seinen tapferen Truppen, in eisiger Kälte, und obwohl völlig umschlossen, standhielt, so zeigen sich

zweifellos verschiedene Perspektiven. Allein es läßt sich eben auch nicht bestreiten, daß nunmehr nicht nur auf der britischen Seite — dort ist es geschehen —, sondern auch in Amerika eine eiserne Entschlossenheit die Stunde regiert. Die Seeschlacht im Korallenmeer, die anscheinend zum mindesten unentschieden endete, mag als ein Zeichen der beginnenden Einsatzbereitschaft gewertet werden. Es ist ja zweifellos die geistige Kraft, welche in letzter Linie die militärische Entscheidung herbeiführt. Weil der Krieg total ist, so muß er auch alle Volksschichten ergreifen. In Deutschland und Italien wurde das Volk in allen seinen Schattierungen schon vor dem Kriege auf die Anspannung aller Kräfte vorbereitet. Dieselbe geistige Grundeinstellung ist nun auch bei den Alliierten im Begriff, zur Realität zu werden. Die Völker wollen die Anspannung und die Opfer nun selbst — man spricht nicht mehr vom „Zwang der Kriegslage“.

England ist durch seine Verluste zur See, die sich insbesondere seit dem Kriegseintritt Japans erheblich gesteigert haben, in eine ziemlich schwierige Lage gekommen; jedenfalls hat es den Sukkurs der amerikanischen Flotte dringend notwendig. So stellte Liddell-Hart unlängst fest, England stehe heute in der Seefriedführung am schwächsten da, wo es früher am stärksten war. Tatsächlich scheint sich heute Englands Stärke in der Luft aktiver auszuwirken als zur See. Ein Blick auf den Gang der Dinge in der Zeit nach dem vorigen Weltkrieg liefert eine eindeutige Erklärung. Die Flottenkonferenz von Washington im Jahre 1922, da England unter dem Druck der Vereinigten Staaten den „Zwei Mächte-Standard“ aufgab, kennzeichnet eine Entwicklung, die später durch weitere Rüstungsbeschränkungen zur See in den Jahren 1930 und 1935 ergänzt worden ist. Deshalb hat England heute Mühe, noch mitzukommen.

Die Front im Osten beginnt sich mit neuer Bewegung zu erfüllen. Zu einem eigentlichen Stillstand war sie ja nie gekommen. Die Russen, die den Winter über ununterbrochen angegriffen haben, sind auch jetzt, wo die deutsche Frühjahrsoffensive mit dem Vorstoß auf der Krim doch wohl eingeleitet ist, an anderen Frontstellen nicht weniger aktiv als bisher. Sie stehen sozusagen unaufhörlich im Angriff; in der jüngsten Zeit ist auch der Partisanenkrieg erheblich forciert worden; die Heeresberichte erwähnen ihn häufiger und sprechen dabei von Verbänden in Regiments- und Brigadestärke. Über die Winteroffensive der Russen ergibt sich nunmehr seit der Rede Hitlers vom 26. April ein klares Bild. Danach stand das Reich dicht vor einer Katastrophe, und nun erklärt sich auch die Übernahme des Oberkommando's des Heeres durch den Führer, die Anfang Dezember, in der schwersten Zeit, erfolgte. Allem Anschein nach ist das eine unumgängliche Notmaßnahme gewesen.

Die Rede Hitlers überraschte den Beobachter durch ihre Kürze. Sie war durch jene ernste Entschlossenheit gekennzeichnet, die die Perspektiven des Entscheidungsjahres 1942 den Führern der Völker ohne Ausnahme von selbst aufdrängen muß. Bemerkenswert erschien immerhin des Führers Forderung nach letzten Vollmachten, die mit scharfen Vorwürfen an Teile der Beamtenerschaft und des Richtertums begründet und begleitet wurde. Im ganzen genommen machte die Rede einen gleichermaßen fanatisch entschlossenen wie denkbar ernstesten Eindruck. In diesen Tagen jährt sich auch der historische Flug, der Rudolf Heß einst nach England führte. Das Ereignis mag heute unter besonderen Perspektiven erscheinen.

Die Entwicklung der Kriegslage über die letzten Tage hat den entscheidenden Ernst der Kämpfe dieses Schicksalsjahres mehr als nur ahnen lassen. Gewaltige Massen sind im Zuge, sich zu begegnen. Während die deutschen Truppen mit großen Einsätzen auf der Arim im Erfolg stehen, haben sich die Russen in gewaltigen Angriffen in die gegnerische Front bei Charkow verbissen. In unerhörter Spannung richten sich die Blicke der Welt aus das Kommende. Alles ist gestrafft bis zum Äußersten. Geleitzug um Geleitzug streift die Küsten des Nordkaps. Mag manches Schiff dabei verloren sein — ein großer Teil der nun in voller Entwicklung stehenden ungeheuren Kapazität Amerikas wird den Truppen Stalins zugeführt. Europa zittert; der Krieg steht auf dem Scheitelpunkt.

Umso friedlicher und erfreulicher, ja für die Zukunft Europas vielleicht in besonderer Weise irgendwie von Bedeutung, erschien uns in diesen Tagen das stille und bescheidene, aber so anmutige Fest unseres kleinen Nachbarn: Liechtenstein. Wir alle haben die klugen Worte von Fürst und Regierungsmann mit Aufmerksamkeit und innerer Genugtuung gelesen. Möge dem kleinen Lande eine glückliche Zukunft in selbstgewählter und unberührbarer Freiheit beschieden sein.

Zürich, den 18. Mai 1942.

Jann v. Sprecher.

### Grundräßliches zum Parteienstaat.

„Partei“ leitet sich vom lateinischen Worte „pars“ her. Pars heißt Teil. Es ist das Wesen der Partei, daß sie einen Teilwillen des Volksganzen im Staate zu verwirklichen sucht. Parteien sind bei uns private Vereinigungen von Einzelpersonen zum Zweck gemeinsamen Handelns mit dem praktischen Ziel, an der staatlichen Willensbildung teilzunehmen. Die Partei faßt eine Summe ähnlich gerichteter Einzelwillen zusammen zum Gruppenwillen, der mittelnd zwischen der Ganzheit des Staates und der großen Zahl von Individuen steht. Ohne Parteien steht dem Staat eine Menge an sich machtloser Einzelmenschen gegenüber, denen es nur schwer möglich wäre, politischen Einfluß auszuüben. Die Partei ist somit im freiheitlichen Volksstaat eine nützliche, man kann wohl sagen: eine notwendige Institution. Gleichwohl wird in unserer Bundesverfassung, der „magna charta“ unseres politischen Lebens, mit keinem Wort der Parteien Erwähnung getan. Jedermann weiß aber, daß dieser Umstand der großen praktischen Machtfülle der Parteien in unserm Lande nicht abträglich war, noch ist. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß weit im Volke herum der Eindruck besteht, diese Machtfülle sei in den letzten Jahrzehnten zum Schaden des Volksganzen und des Staates allzusehr ausgeweitet worden.

Damit kommen wir denn zu negativen Seiten des Parteienstaates. Jedes Ding auf Erden hat seine zwei Seiten: birgt eine Tendenz in sich, die dienlich, und eine Tendenz, die schädlich ist. Nicht anders ist es auch mit den Parteien.

Einleitend habe ich bereits darauf hingewiesen, daß die Parteien naturgemäß dem Teilprinzip zugehören; daß sich in ihnen der Gruppenwille, das Eigen- und Sonderstreben manifestiert. Das kann auch mit den rührendsten Ermahnungen, ja Beshwörungen, „das Wohl des Ganzen voranzustellen“, nicht aus der Welt geschafft werden, weil es zur angestammten Natur jeglicher Parteibildung gehört.

Das heißt nun nicht, daß die Parteien unbedingt in einem hoffnungslosen, unlösbaren Gegensatz zu den Gesamtinteressen zu stehen brauchen, obwohl dies bei Extrementwicklungen tatsächlich zuweilen der Fall ist. Immerhin aber erscheint die Partei, wenn man grundsätzlich und folgerichtig denkt, im Staatsganzen stets als Träger der Teil-Funktionen.

Von einer wahrhaft bündisch-genossenschaftlichen Haltung ausgehend, die das Ur-Prinzip des Schweizerischen ausmacht, kommt man notwendigerweise zur Einsicht, daß sowohl Teil als Ganzes ihre Daseinsberechtigung haben, weil eins das andere bedingt. Aber es gilt, die lebensfördernde Harmonie, den „funktionellen Ausgleich“ zwischen diesen beiden natürlichen Polen unserer Staatsstruktur zu finden. Solcher Ausgleich ist nur dann möglich, wenn man die beiden Gegenprinzipien in Beziehung setzt zur Lebens-Ganzheit, d. h. zu den Lebensbedürfnissen, den Lebensnotwendigkeiten der Nation.

Die „hohe Zeit“ der politischen Parteien hatte ihren Ausgangspunkt im liberal-demokratischen 19. Jahrhundert mit seiner stolzen Ausweitung der Volksrechte und dem Ausbau unseres freiheitlichen Volksstaates zur direkten Demokratie. Die letzte Stufe dieser Entwicklung war die Einführung des Prozesses, einer politischen Denkweise und Institution, die aber bereits die Gefahren jeglicher Extrementwicklung in sich trägt und offenbart.

Standen sich ursprünglich die weltanschaulich orientierten Parteien der Konservativen und der Liberalen gegenüber, so gesellte sich in den 1860er Jahren die Demokratische Partei hinzu, die sich später mit der Freisinnigen Partei auf eidgenössischem Boden vereinte; heute erlebt man bekanntlich eine gewisse rückläufige Erscheinung, die zur Separierung einer Anzahl demokratischer Kantonalparteien und zu deren Konstituierung als Schweizerischer Demokratischer Partei führte. Die Freisinnige Partei entstand als eine fortschrittlich und sozialer geartete Nuance der liberalen Partei, die mehr konservierenden Charakter hat und heute noch in einzelnen Kantonen, z. B. in Baselstadt, eine einflußreiche Rolle spielt, besonders als Trägerin der Interessen führender Industriekreise.

Im Zug der sozialen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Wirtschaftsgruppen des Kapitals und der Arbeit entstand in der Zeit der hochkommenden Industrialisierung die Sozialdemokratische Partei, die auf dem Fundament des marxistischen Programms aufbaut und, obwohl eigentlich zu den „Wirtschaftsparteien“ gehörend, heute oft zu den sog. „historischen Parteien“ gezählt wird.

Neben den im großen Ganzen vorwiegend politisch gerichteten Parteien entstanden in der Folgezeit Parteibildungen zur Vertretung ausgesprochen wirtschaftlicher Standesinteressen. Die immer weiter gehende parteipolitische Aufspaltung unseres Volkes ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Seit 1933 haben die „Erneuerungsbewegungen“ in unserm politischen Leben keine geringe Rolle gespielt. Obwohl sie organisatorisch zur Zeit nicht sehr stark ins Gewicht fallen, haben sie die übrigen Parteien doch zu einer intensiven Selbstbesinnung veranlaßt. Die Ideen, die sich in den Erneuerungsgruppen manifestieren, sind heute wirksamer als deren organisatorischer Ausbau, weil es die Fragen unserer Zeit sind, mit denen man sich beschäftigen muß. Daß diese Ideen eine starke geistige Strahlkraft besitzen, — dafür zeugt schon die in letzter Zeit vielerorts in Erscheinung getretene Zusammenarbeit der übrigen Parteien in sog. „Arbeitsgemeinschaften“, deren Ziel, in großen Zügen skizziert, es ist, den Staat in seiner bisherigen Art und Weise zu erhalten. Gewiß spielt auch die Einsicht mit, daß in einer Zeit des Weltsturms die innenpolitischen Auseinandersetzungen in unserm Lande auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden sollen — ein begrüßenswertes Ziel, sofern es sich auf Streit um Sekundäres bezieht, nicht aber dazu führt, alles Gewordene gesamthaft selig- und

heiligzusprechen und die neuen, zeitverbundenen Ideen zum vornherein abzulehnen, zu perhorreszieren und zu verdächtigen.

Wer objektiv, wer unabhängig urteilt, erkennt auch bei den erwähnten politischen Arbeitsgemeinschaften die beiden Möglichkeiten jeglicher Erscheinung: das Lebensfördernde und das Entwicklungshemmende.

Diese knappe Skizzierung der heutigen Situation unseres Parteienstaates wäre unvollständig, wollte man von jenen Schatten nicht sprechen, die zur Zeit im Volke so viel von sich reden machen und die zu einer gewissen Interesselosigkeit der Arbeit der Parteien gegenüber geführt hat. Darüber zu reden, ist umso notwendiger, als eine Enthaltung weiter Volkskreise von der Teilnahme an den politischen Tagesfragen zur Gefahr für den Staat werden kann.

Die Vorwürfe, die landauf-landab an die Adresse der Parteien erhoben werden, und die da lauten: Sesselfstreberei, Verwirtschafterlichkeit, Mangel an Ideen und Grundsätzlichkeit, Überbetonung der Sonderinteressen, Nivellierung bei der Auswahl der für den Staat Verantwortlichen, Verpolitisierung aller Lebensgebiete — diese Vorwürfe, wir kennen sie ja alle!, sind sicher teils berechtigt, teils aber schießen sie auch neben dem Ziel vorbei, über das Ziel hinaus.

Vor allem fällt auf, daß in der Kritik einzelne Mißstände aufgegriffen werden, ohne Zusammenhang mit dem Gesamtproblem; dadurch kommt man leicht zu ungerechten Urteilen und mißbilligt an Andern solche Dinge, deren man sich selber gleichfalls schuldig macht.

Ganz allgemein ist festzustellen, daß unsere Wertungen von „Gut“ und „Böse“ des Bezogenens auf die natürliche Ganzheit entbehren. Ohne ein auf die Lebens-Ganzheit bezogenes Denken aber kommen wir je länger desto weniger aus, vermögen wir keine befriedigenden Lösungen für die Zeitfragen zu finden, deren bloß „provisorische Regelungen“, deren inneres Ungelöst-Bleiben den steigenden Unwillen im Volke erzeugt, — eine Mißstimmung, die sich in erster Linie gegen die Behörden richtet und vergiftet, daß besonders in einem freiheitlichen Volksstaat das Volk stets die Regierung hat, die es „verdient“. Man vergift somit, die Schuld bei uns selbst zu suchen, wo sie in Wirklichkeit liegt. Denn wenn uns unsere „Oberer“ nicht gefallen, so haben wir als vollberechtigte Staatsbürger das Recht — mehr noch: die Pflicht —, beim nächsten Wahlgang andere Männer zu wählen, gemäß Verfassung und Gesetz. Wenn aber die Erfahrung lehrt, daß die Kräfte des Beharrens im Volke prävalieren, sodaß sich praktisch nichts ändert und unser politischer Apparat stets in gleicher Weise weiterspielt, nötige Korrekturen sich also nicht durchzusetzen vermögen, — dann ist es gegeben, die Ursache dieser Erscheinung bei einem jeden von uns selbst zu suchen und nicht allein den Behörden die „Schuld zuzuschreiben“. Andererseits macht eine solche Situation eine sachgemäße Überprüfung unseres politischen Apparates erforderlich. Praktisch gesprochen, heißt das:

Es steht zur Diskussion, ob die Parteien, die wir als solche zwar grundsätzlich beibehalten wollen, heute noch in einer dem Volk und Staat dienlichen Weise funktionieren oder ob bei der Zurechnung ihrer öffentlichen Aufgaben der Hebel anzusetzen ist, um zu befriedigenderen Zuständen zu kommen als wir sie zur Zeit besitzen.

Es kommt dabei, wie gesagt, nicht in erster Linie darauf an, über die Parteien und ihre Führungen „Gerichtstag“ zu halten; das wäre ein Weg ohne Zukunft. Besser ist es, wenn wir uns über uns selber Rechenschaft geben und wenn wir uns bewußt werden, in welcher Beziehung wir uns alle miteinander falsch einstellen, woraus sich dann die bekannten tatsächlichen Übelstände zwangsläufig ergeben.

Da die Parteien sich in den letzten Jahrzehnten derart entwickelt haben, daß sie sich in allen Fragen des Tages zwischen den Bürger und den Staat stellen, haben sie in verstärktem Maß die verantwortungsschwere Verpflichtung vor dem

Volksganzen, nicht herrschen, sondern dienen zu wollen. Denn nicht vom Nehmen, immer nur vom Geben lebt das Leben! Der Anspruch auf Geltung darf sich allein am Maßstab der willig gebrachten Opfer bemessen. Weiter ist zu prüfen, welche Aufgaben den Parteien naturgemäß zufallen, d. h. wo sie wahrhaft eine dienende, lebensfördernde Funktion im Ganzen auszuüben vermögen. Aus solcher Betrachtung ergibt sich dann auch, welche Aufgaben die Parteien übernommen haben, ohne daß sie damit dem Ganzen dienen.

So allein wird es möglich, brauchbare, gerechte Maßstäbe zu finden für eine echt-schweizerische und gleicherweise den Forderungen der Zeit entsprechende Reform. Dabei ist zu beachten, daß der „Befehl der Zeit“ nicht irgendwoher von außen an uns herangetragen wird; er stellt sich gemäß den unausweichlichen Entwicklungsgesetzen des Lebens aus unserm eigenen Innern heraus. Und er ist zwingender Natur.

Das Herumflitzen an allerlei Einzelordnungen, das man bei uns derzeit da und dort beobachten kann, nützt rein nichts. Ist nur Arbeits- und Zeitverlust und vermag die bestehende „Malaise“ nicht zu beheben. Wahrhaft helfen kann uns einzig und allein eine tiefer gehende Besinnung auf die Grundlagen unseres eigenen Seins und auf die allgemeine Entwicklungsrichtung der Gegenwart. Dies unter der Voraussetzung, daß es uns gelingt, unser eigenes Wollen in Einklang zu bringen mit dem Gesetz der Zeit. Vielen Mitbürgern erscheint dies zur Zeit als eine unmögliche Aufgabe. Geht man aber erst einmal daran, mit aller Sachlichkeit die weitverbreiteten Irrtümer, Vorurteile und Illusionen wegzuräumen, so ist man vielleicht ganz erstaunt, zu erkennen, daß es einen gut-schweizerischen, einen echt-eidgenössischen Weg zur Gegenwart gibt. Das heißt nicht, daß man alles gutheißt, was in der Gegenwart geschieht; es heißt bloß: sich der Gesetze der inneren Entwicklung bewußt werden.

\* \* \*

Nach den Grundgesetzen des Lebens ist die große Fülle der Erscheinungen weise geordnet und gegliedert. Jegliches hat seinen Platz, hat seine Funktion im Ganzen, durch die gesamte kunstvolle Hierarchie der Wertungen und Stufungen des Lebens hindurch. Gemäß seiner Funktion und Leistung bemessen sich Bedeutung und Würde des Einzelnen. Aus dem sinnvollen Zusammenwirken der Teile ergibt sich folgerichtig das Wohl des Ganzen.

Es ist daher gut, wenn man sich auch bei der Organisation der menschlichen Gemeinschaften im Einklang befindet mit den Grundgesetzen des Lebens. Ist man's nicht, so geht man Wege des Irrsins, des Leidens, der Not, selbst wenn man den besten Willen zum Guten in sich trägt.

Im großen Rhythmus der geschichtlichen Entwicklung hat das liberale 19. Jahrhundert, als Kompensation einer zuvor ständisch-erstarrten Gesellschaftsordnung, das Gleichheitsprinzip zur beherrschenden Grundlage der Gemeinschaftsorganisationen gemacht. So verständlich dies ist, und so viel dadurch für die Hebung der Wohlfahrt der breiten Massen geleistet wurde, so zeigte sich allmählich doch auch die negative Seite dieses Prinzips, als es sich in der Welt des Stoffes bis zum Extrem verwirklichte: der gesunde Sinn für die natürliche Hierarchie der Werte ging verloren; ein nivellierendes, alles gleichsetzendes Denken griff um sich; die natürlichen Unterschiede zwischen den Menschen und den Völkern wurden mißachtet, und jedermann fühlte sich berufen, bei allem und jedem mitzureden, mitzubestimmen. Das allem unverdorbenen Leben innewohnende Gefühl der Achtung vor Wert, Größe und schöpferischer Leistung wich und machte einem standardisierten, amerikanisierten, bolschewisierten Massen-Denken Platz, welches das Mittelmaß, den Durchschnitt zum Götzen erhob und das Schöpferisch-Einmalige verdrängte. Das aber widerspricht dem Grundgesetz des Lebens und rächt sich immer.



So setzte im Rahmen einer mechanistischen, auf Zahl und Masse abgestellten Weltanschauung die Hypertrophie, — eine Entartung der demokratischen Staatsform ein. Die Auslese der Verantwortlichen verschlechterte sich, und die Folgen waren dementsprechend: das staatliche Leben begann in ausgefahrenen Geleisen zu verflachen. Naturgemäß stellten sich dann im Volke Enttäuschung und Kritik lust ein. Damit aber waren die Grundlagen gelegt zu jener „Malaise“ und zu jenen Zweifeln in die Lebensfähigkeit des demokratischen Systems, — sicherlich unerfreulichen Erscheinungen, denen man aber nie und nirgends durch bloße Appelle an die „Disziplin“ oder durch Diskriminierung jeglicher Opposition beizukommen vermochte. In Wirklichkeit ist gar nicht die Demokratie für die skizzierte Entwicklung verantwortlich, sondern allein die „Ent-Geistung“, die Vermaterialisierung, die Vermechanisierung — also im Tiefsten eine Frage der menschlichen Haltung, der Weltanschauung. Demokratie kann, wie jedes andere Regierungssystem, gut oder schlecht, lebensfördernd oder entwicklungshemmend sein, je nach dem Geist der Menschen, von denen es getragen wird.

Eine Umkehr, eine Rückkehr zu den gesunden Lebensgrundlagen ist heute unerlässlich, soll unser Volk eine nationale Zukunft haben. An praktischen Vorschlägen hiefür hat es nicht gefehlt. Aber sie gingen fehl, da sie nicht in die nötige Tiefe reichten, nicht bis zu den menschlichen und weltanschaulichen Belangen vorstießen. Alle blieben sie dem rationalistisch-mechanischen Denken verhaftet.

Eine grundsätzliche Lösung muß von der Führerauslese ausgehen, die vom Gemeinschafts- und Kameradschaftsgeist erfüllt sein sollte. Aufsteigend aus den leicht überblickbaren kommunalen Lebenskreisen, über die Stufen der Kantone bis zur eidgenössischen Ganzheit des Bundes soll die Gemeinsamkeit der nationalen Schaffensziele sichergestellt werden. Nicht einzelne Verfassungsbestimmungen und Gesetze gilt es heute zu ändern; die natürliche Ordnung und Gliederung der Gemeinschaft ist wieder herzustellen und der Leistung des Einzelnen für das Ganze erneut Anerkennung zu verschaffen. Dieser Forderung gegenüber zeigt unsere Gegenwart eine mißtrauisch-feindliche Einstellung gegen alles, was den Durchschnitt überragt; wir erleben wahrhaftig eine Art Diktatur des „Pfister-Kari“; daß diese vor lauter „Bodenständigkeit“ leicht beschränkt wirkende Figur (dies wegen der Enge des geistigen Horizonts!) zum Reklame- und Propaganda-Bonzen in unserer öffentlichen Diskussion gemacht werden konnte, sollte eigentlich jeden, der es wirklich gut meint mit dem Schweizervolk, nachdenklich stimmen. Wie paßt das zum gut-schweizeri-Dualitätsgedanken?

Im kleinen Kreis der kommunalen Lebensbezirke soll die Bürgerschaft ihre lokalen Behörden wählen. Diese entsenden die Besten aus ihrer Mitte in die nächsthöhere Organisationsstufe und so weiter bis hinauf zur Landesregierung. Die Wirtschaft aber soll in einer Berufskammer ihre eigene Vertretung erhalten, wobei das Wirtschaftliche, gemäß der natürlichen Hierarchie der Lebenswerte, der umfassenderen Führung der Politik eingeordnet wird.

Das wäre ein Vorschlag für eine parteipolitische Reform, die meines Erachtens trotz ihrer lapidaren Einfachheit weit tiefer ginge als Vorschläge von der Art einer Bundesratswahl durch das Volk.

Worauf es ankommt, ist etwas Grundsätzliches: Sicherstellung einer bessern Auslese der Verantwortlichen, denen Kompetenzen einzuräumen sind, die sie zur sinngemäßen Durchführung ihres Auftrages benötigen. Damit werden die Hauptübel einer „unsachlichen“, weil mechanisierten Demokratie beseitigt, ohne das Volk von der Teilnahme am staatlichen Geschehen auszuschalten. Das Volk wählt die Männer seines Vertrauens in die lokalen Behörden, und diese tun das Gleiche, die ganze Stufenleiter der Staatsorganisation hinauf. Getragen vom Vertrauen des Volkes können die Verantwortlichen wirklich regieren und sind

in ihren Handlungen nicht dauernd gehemmt durch einen überentwickelten Mechanismus von Parlament, Fraktionen und Parteien, die über alles und jedes im Staate zu bestimmen versuchen, selbst in Fällen, wo dies offensichtlich dem Landesinteresse widerspricht. Die Parteien brauchen also nicht etwa aufgehoben zu werden; es genügt, sie auf jene Gebiete zu verweisen, wo ihre Tätigkeit dem Ganzen — Volk und Staat — nützlich ist: auf die Mitwirkung bei lokalen Wahlen und auf die politische Weckung des Volkes.

Hier gilt es, meines Erachtens, vorzustoßen, um unsere Demokratie auf ihre gesunden Grundlagen zurückzuführen, auf die Traditionen echt-eidgenössischen Wesens, das heute überlagert ist von einer breiten Schicht von Anschauungen und Institutionen, die sich für sakrosankt-eidgenössisch ausgeben — und es in Wirklichkeit gar nicht sind. Mit einer solchen Klärung, Vereinfachung und Rückführung auf die Quellen eidgenössischen Wesens erfüllt sich gleichzeitig die dringend notwendig gewordene Ausrichtung auf die Forderungen, die die Gegenwart an uns stellt.

\*            \*            \*

Eine der natürlichen Ordnung der Dinge gemäße Umgrenzung der Funktionen der Parteien ergibt sich ganz leicht, wenn man vom „Denken in Beziehungen“ ausgeht, das sich als eine Grundtendenz der Gegenwart immer klarer herausstellt.

Die Parteien haben ihre Pflicht Volk und Staat gegenüber vollauf erfüllt, wenn sie im kommunalen Bereich, wo die Ausstrahlungen schöpferischer Persönlichkeiten im allgemeinen jedermann noch erkennbar sind, für die Wahl solcher Männer sorgen und im übrigen politisch weckend und aufklärend zwischen Volk und Behörden stehen, als getreue Mittler. Der Gemeinschaft nicht dienlich hingegen ist es, wenn nach mechanischen Prinzipien des Volk die für die Staatsführung Verantwortlichen vom Gemeinderat bis hinauf zum Bundesrat selber und direkt wählen will. Der einzelne Bürger ist zumeist gar nicht in der Lage, die Persönlichkeit der Kandidaten in den größeren Kreisen noch selbständig beurteilen zu können; er ist daher auf die Empfehlungen der Parteien restlos angewiesen. An diesem Punkte aber setzt die *Übersteigerung* des parteipolitischen Machteinflusses im Staate ein.

Eine andere Funktion, welche die Parteien ausüben, dient gleichfalls nicht dem Ganzen: die Fraktionenherrlichkeit im Bundesparlament. Solange aber das Volk bis zu hohen Behörden hinauf selbst wählt, kürt es notgedrungen die *Parteimänner*, und diese sind in den Fraktionen in erster Linie auf die Wahrung der *Parteiinteressen* verpflichtet, wofür der so oft angewandte „Fraktionszwang“ sorgt.

Solange dieser Zustand andauert, kann eine wirkliche Besserung der unbefriedigenden Verhältnisse nicht erwartet werden.

Sodann ist grundsätzlich die Wirtschaft der Politik unterzuordnen und nicht umgekehrt. Die weitgehende Verwirtschafterung unserer Politik ist einer der größten Übelstände unserer schweizerischen Gegenwart.

Das anzustrebende Ziel kann erreicht werden, wenn der Nationalrat, wie das einer natürlichen Ordnung der Dinge entspricht, auf das politische Gebiet ausgerichtet wird, während die Wirtschaftsfragen einer wirtschaftlich orientierten besondern Körperschaft mit begutachtender Kompetenz zuhanden des Bundesrats oder des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements vorzulegen wären. Die Maßnahmen des Bundesrates würden der Kontrolle des Nationalrates unterstehen.

Diese knappe Skizzierung kann nicht bis zu den Detailfragen vorstoßen. Deren Regelung ergibt sich aber, wenn ein *zeitverbundener Geist* die Verantwortlichen leitet. Darum ist die Art der Führungsauslese von so einschneidender Bedeutung. Ohne Besinnung auf das Wesentliche wird jegliches Einzelbemühen

— so gut es gemeint sein mag — zusammenhangloses Stückwerk bleiben, und ein klarer Kurs im Staate wird weiterhin ein frommer Wunsch sein. Gerade weil wir allzusehr bloß noch von Tag zu Tag zwischen den Schwierigkeiten „hindurchlavieren“ — mit der nicht stichhaltigen Ausrede, man müsse erst „abwarten“ —, gerade darum will und kann es uns nicht mehr gelingen, trotz aller guten Absichten, die Probleme der Gegenwart zu meistern. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß die Schwierigkeiten uns meistern und daß wir die Gefahren zumeist dort suchen, wo sie in Wirklichkeit nicht sind, während wir sie dort übersehen, wo sie tatsächlich lauern. Ohne ein „Denken in Beziehungen“ kommen wir immer weniger aus; das aber ist es, was man bei uns — beim Volk und bei den Behörden — heute noch so schmerzlich vermißt.

Meine Ausführungen können und wollen nicht mehr sein als ein kleiner Beitrag zur Diskussion in einer Zeit, in der es eine schlimme Illusion wäre, zu wähnen, Zeit sei keine Zeit!

Oskar Beer.

# Kultur- und Zeitfragen

## Der Film.

Als vor einiger Zeit Frank Capras „John Doe“ die Gemüter so sehr bewegte, stieß man in der Diskussion immer wieder auf den Namen John Fords. Capras dem Lustspiel zuneigende, heiter spielende Natur wurde in Gegensatz gestellt zu dem scharf anklagenden, kämpferischen Realismus, wie ihn Ford beispielsweise in den „Früchten des Jorns“ gezeigt hatte. Man wurde auch schon im voraus verwiesen auf Fords neuestes Werk, die „Tobacco Road“. Dieses ist nun über die Leinwand gegangen und hat wohl ebenso viel Bewunderung wie Ablehnung erfahren. Beide Haltungen sind richtig, richtig vor allem, wo sie sich innig durchkreuzt vorfinden. In den „Früchten des Jorns“ ergriff den Zuschauer vor allem andern der Mut der Anklage. Wie war es möglich, daß ein Land solche Wucht der Selbstanklage ertrug, und das in einer Zeit, wo es, wie die meisten Völker, die Selbstermunterung durchaus suchte? Man war zwar im Tiefsten erschüttert vor dem Elend der Arbeitslosigkeit, wie es da geschildert wurde, zugleich aber entwand man sich der Hoffnungslosigkeit im Erleben des ersten Schrittes zu ihrer Heilung, der Form gewordenen Selbsterkenntnis. In der „Tobacco Road“ wendet Ford seinen Blick wieder auf wirtschaftliche Tragik. Ausgehungerter Boden ernährt seine Siedler nicht mehr, die er einst zu Reichtum geführt hatte. Jetzt wohnen sie in verfallenen Villen oder auch nur noch in Brettergefügen und begreifen nichts. Sie sollten wegziehen — sie bleiben. Sie sind durch Alter oder Inzucht verkommen, vertiert, der Naturzustand ist wieder erreicht, aber auf absteigender Linie. Es gibt da eine Szene, wo einem Mann von seinen Verwandten ein Sack Rüben mit Hundegeheß und Knüppeln abgejagt wird und darauf die Familie zähneletschend, von hungriger Freßgier strahlend, in die Rüben beißt — unvergeßlich. Was diesen Menschen noch an Religion bleibt, ist wüst komische Magie, gemischt aus Hunger, Verdrängung, Krankheit, Sentimentalität. Daraus ergibt sich nun eine merkwürdige Folge: dieser Film, der ein Elend sondergleichen schildert, weckt in uns nie Mitleid. Den hochherzigen, sympathischen jungen Mann, der sich hundert Dollars abknappt, um den Leuten von der Tabakstraße das Armenhaus noch einige Zeit zu ersparen (wo sie, nebenbei gesagt, fürstlich leben könnten, gemessen an ihren jetzigen Verhältnissen), diesen jungen, sehr normalen Menschen empfinden wir irgendwie als die komische Figur des Werks. Denn das Urteil über diese